



Claus Matecki

Rede

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

Preisverleihung der Anja-Schüller-Stiftung e.V. für investigativen Journalismus zum Thema Schrottimmobilien

Berlin, 27. April 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die 2009 gegründete Anja-Schüller-Stiftung verleiht in diesem Jahr erstmals die mit je 1.000 € dotierten Preise für investigativen Journalismus zum Thema Schrottimmobilien.

Die von unserem thüringischen DGB-Kollegen Klaus Schüller gegründete Stiftung hat sich dem Thema Betrug und Existenzvernichtung ahnungsloser Bürger beim Erwerb minderwertiger und überteuerter Immobiliengeschäfte, genauso wie der Aufklärung von Verbraucherinnen und Verbrauchern am Finanzmarkt verpflichtet.

Verbraucher und Beschäftigte am Finanz- und Immobilienmarkt zu schützen ist seit dem Beginn der Finanzkrise zu einem der dringendsten Probleme der Politik geworden.

Hier gibt es seit Jahren Handlungsbedarf.

Der DGB hat mit der Fachtagung „Umdenken Gegenlenken – Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen“ im letzten Herbst eine Debatte angestoßen, nicht nur um zur Regulierung der Finanzmärkte beizutragen, sondern auch um Verbraucher und Beschäftigteninteressen in den Finanzinstituten und Banken besser zu schützen bzw. zu verankern.

Während sich die Finanz- und Wirtschaftskrise zunehmend ausweitete, gehören auch Beschäftigte und Verbraucher immer mehr zu den Betroffenen dieser größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren.

DGB-Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>

Tel.: 030 / 240 60 - 0

Fax: 030 / 240 60 - 324

Sie haben diese Krise jedoch nicht zu verantworten.

Während heute wieder an den internationalen Finanzmärkten zunehmend hoch risikoreiche Anlageprodukte gehandelt werden, die auch ein erhebliches Verlustpotenzial für die Verbraucher in sich bergen, erwarten die Beschäftigten in den Kreditinstituten und die Verbraucherinnen und Verbraucher endlich konkrete politische Maßnahmen für einen besseren Verbraucherschutz an den Finanzmärkten.

Während die Politik seit Jahren den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorbetet: Spart für das Alter, sorgt privat vor; sind die Verbraucher an einem intransparenten Finanz- und Immobilienmarkt skandalösen Finanzhaien und Immobilienberatern ausgeliefert.

Auch eine selbsterworbene Immobilie als Alterssicherung wird nicht erst seit der Einführung des Wohnriesters von der Politik als zukunftsfähiges Alterssicherungsprodukt angepriesen.

Eine faire, unabhängige und gute Anlageberatung, auch im Immobilienbereich, ist für Verbraucherinnen und Verbraucher dringend erforderlich um nicht Opfer skandalöser Beratungspraktiken und Abzockmethoden zu werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wissen, dass das privat erworbene Eigentum für viele Beschäftigte einen großen Wunsch und einen nicht zu unterschätzenden Bestandteil der Alterssicherung darstellt. Dennoch muss vor dem Hintergrund schrumpfender Städte, ganzer schrumpfender Regionen in manchen Teilen dieses Landes, und auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels der Erwerb einer Immobilie sorgfältig geprüft und ggf. auch davon abgeraten werden.

Die Beschäftigten und die Verbraucher müssen vor Immobilienhaien und windigen Wohnungsverkäufern, die mit allen Tricks Menschen eine Schrottimmobilie aufdrängen wollen, geschützt werden.

Diesem Ziel des verstärkten Verbraucherschutzes und einer besseren Aufklärungsarbeit beim Thema Schrottimmobilien hat sich die Anja-Schüller-Stiftung verschrieben.

Es war mir als DGB-Vorstandsmitglied deshalb ein Anliegen unseren Kollegen Klaus Schüller bei dieser heutigen Preisverleihung zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
Beschäftigte und Verbraucher müssen am Finanzmarkt geschützt werden!
„Verkaufen, koste es was es wolle“ hat nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher geschädigt, sondern auch die Beschäftigten in den Banken massiv unter Druck gesetzt.

Deshalb ist es richtig, dass die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in der aktuell laufenden Tarifrunde bei den Privatbanken, Landesbanken und den Bausparkassen das Thema Gesundheitsschutz und Verkaufsvorgaben zu einem Bestandteil der Tarifverhandlungen gemacht hat.

Wenn der Gesetzgeber nicht handelt und nicht Willens ist die Beschäftigten vor zu hohen Provisionsbestandteilen in den Vergütungen und zu hohen Verkaufsvorgaben zu schützen müssen Gewerkschaften dies mit tarifpolitischen Mitteln lösen.

Verkaufsdruck bei Finanzprodukten und Schrottimmobilien sind hierbei zwei Seiten derselben Medaille.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Eine kurze und fokussierte Verbraucherinformation mit der Pflicht zur Offenlegung aller Kosten sowie einer transparenten und klaren Risikokennzeichnung bei Finanzprodukten und möglichst auch bei Immobiliengeschäften.
- Gleiches muss auch für eine verständliche Risikokennzeichnung gelten. Denkbar wäre ein Ampelcheck für Geld- oder Immobilienanlagen. Rot bedeutet hohes Risiko, gelb steht für mittleres Risiko und grün steht für eine sichere und empfehlenswerte Geldanlage.
- Schließlich und endlich brauchen wir einen Finanzmarkt-TÜV, der bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angesiedelt ist. Er muss alle Produkte am Finanzmarkt prüfen und bewerten. Eine Zulassung auf dem heimischen Finanzmarkt erfolgt erst nach erfolgreicher Prüfung der Produkte.

Wir fordern die Politik auf, auch wegen stärkerer Aufklärungsarbeit bei Finanzprodukten die Ausstattung der Verbraucherzentralen zu verbessern, damit Beratungs- und Aufklärungsarbeit in ausreichendem Maße geleistet werden kann.

Die Verbraucher und die Beschäftigten in der Finanzbranche sind nicht die Verursacher der Krise, sie sind als Verbraucher Opfer von windigen Methoden und als Beschäftigte betroffene der horrenden Verkaufsvorgaben der Banken. Häufig mussten sie dies in der Vergangenheit mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bezahlen.

Hier gesetzliche Regelungen einzuführen, die garantieren, dass solch ein Finanzgebaren nicht mehr passieren kann ist längst überfällig.

Der DGB wird deshalb auf seinem im Mai beginnenden Bundeskongress das Thema Finanz- und Wirtschaftskrise ausgiebig beraten.



Der heutigen Preisverleihung der Anja-Schüller-Stiftung wünsche ich nun gutes Gelingen.

Ich gratuliere den Preisträgern für Ihren investigativen Journalismus und Ihre hervorragende Recherche.

Ich danke Bundesinnenminister a. D. Gerhard Baum für seine Bereitschaft an der heutigen Preisverleihung teilzunehmen. Er wird im Anschluss einige Ausführungen aus anwaltlicher Sicht zum Verbraucherschutz an den Finanzmärkten und den Methoden der Finanzbranche machen.

Darüber hinaus danke ich dem Kollegen Klaus Schüller für sein engagiertes Eintreten für mehr Verbraucherschutz und bessere Aufklärungsarbeit beim Thema Schrottimmobilien, und ich danke Frau Edda Müller für ihre heutige Teilnahme an unserer Veranstaltung.

Ich wünsche der Stiftung auch in den nächsten Jahren weiterhin eine erfolgreiche Arbeit, damit sie ihrem Stiftungszweck Aufklärungsarbeit über Schrottimmobilienskandale zu leisten engagiert nachkommen kann.